



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

S. 3	Einleitung
.....	
S. 4	Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts
.....	
S. 6	Investitionsanreize für NRW
.....	
S. 10	Maßnahmen der Unternehmen
.....	

Industriestandort NRW

Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Investitionstätigkeit | 2014

Einleitung

Die Industrie steht in der Diskussion um Wachstum und Beschäftigung für den Wirtschaftsstandort NRW im Fokus. Die Industrie steht am Beginn der Wertschöpfungsketten. Sie bietet zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit Einkommen, Wohlstand sowie Perspektiven für junge Menschen. Die Industrie ist Motor für Forschung und Entwicklung, die wiederum die Basis für den Innovationsvorsprung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bilden.

Um auch in Zukunft am Markt bestehen zu können, stellen die Unternehmen sich, aber auch ihren Standort kontinuierlich auf den Prüfstand. Regelmäßig fragt daher die IHK-Organisation ihre Mitgliedsunternehmen nach Einschätzungen und Anforderungen an die Standortbedingungen vor Ort, im Land und in Deutschland insgesamt, um rechtzeitig auf Veränderungen reagieren zu können.

Die vorliegende Auswertung bezieht sich auf eine bundesweit im Juni 2014 durchgeführte Umfrage, an der sich rund 1 300 Industrieunternehmen, davon rund 186 Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, beteiligt haben. Aus den Rückmeldungen ergibt sich ein erster Überblick über die Standortanforderungen der Industrie in NRW, aber auch über die Hemmnisse einer stärkeren Investitionstätigkeit. Zwei Drittel der Antworten stammen von Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Die Schwerpunkte für NRW liegen im Maschinenbau, der chemischen Industrie sowie der Metallverarbeitung und -erzeugung.

IHK NRW ist die Landesarbeitsgemeinschaft der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. Wir geben der gewerblichen Wirtschaft eine starke Stimme im Dialog mit den landespolitischen Entscheidern. In den IHKs in NRW sind fast zwei Drittel der Unternehmen Nordrhein-Westfalens mit rund sechs Millionen Beschäftigten organisiert.

Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts

Unter dem Schlagwort Industrie 4.0 macht sich die Industrie auf in ein neues Zeitalter der industriellen Produktion. Durch die Vernetzung technischer Systeme und Anlagen über das Internet wird die Fertigung flexibler und individualisierter. Serien mit der Losgröße eins bedeuten keinen höheren Aufwand mehr als große Serien. Der Endkunde erhält unmittelbaren Einfluss auf die gesamte Wertschöpfungskette, von der Idee bis zum Recycling.

Im **strukturellen Wandel** und auf dem Weg hin zur Industrie 4.0 verändern sich die Anforderungen der Unternehmen an ihren Standort. Auf diesem Weg wünschen sich die Unternehmen eine stärkere politische Unterstützung. Die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewerten von den NRW-Unternehmen lediglich 16 Prozent als gut, ebenso viele bewerten die Bemühungen als mangelhaft. Der überwiegende Teil steht den wirtschaftspolitischen Aktivitäten indifferent gegenüber.

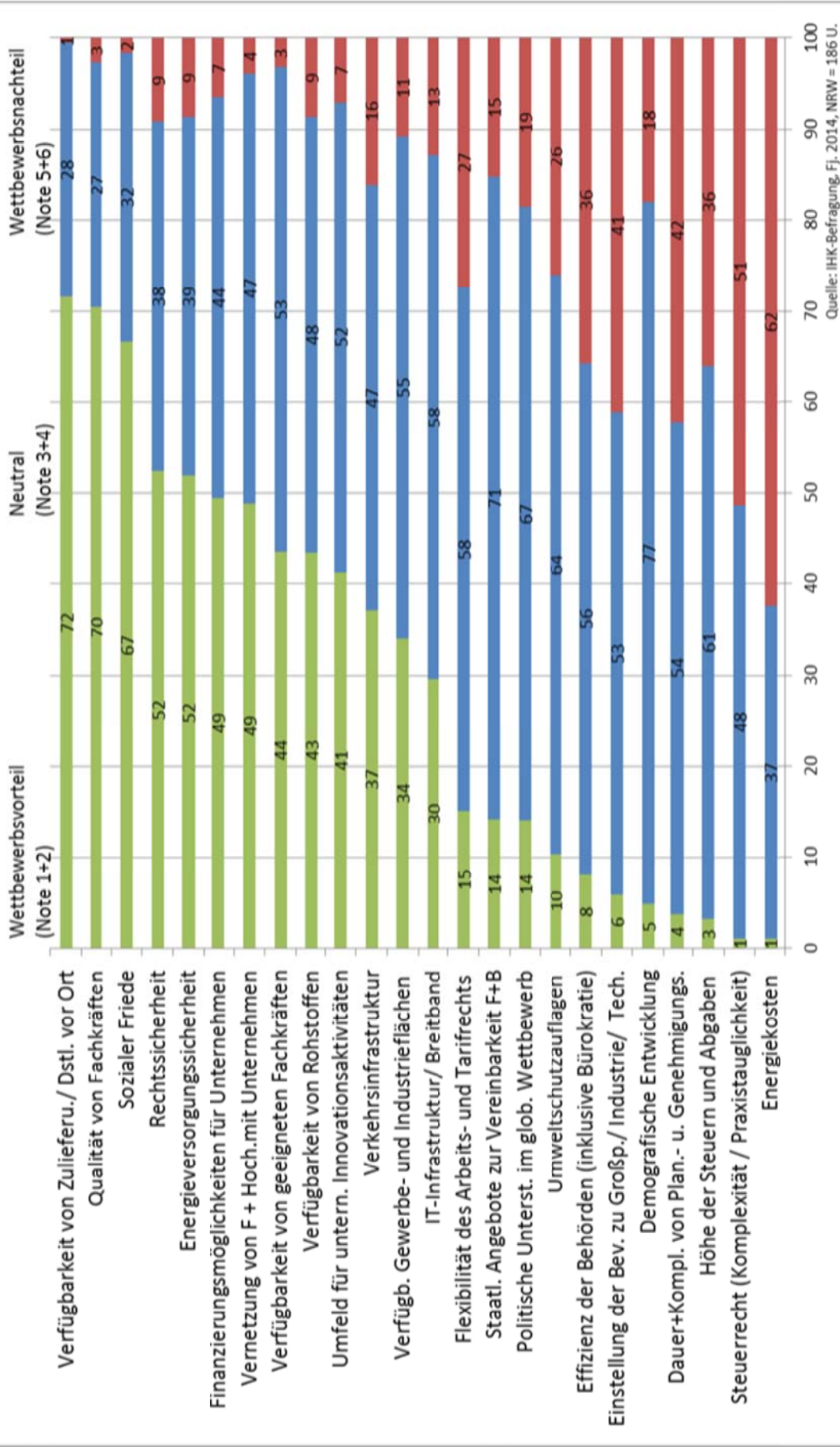
Dabei zeigt die Beurteilung der **Standortfaktoren** dringende Handlungsbedarfe an. Die Industrieunternehmen beurteilen den Standort NRW hinsichtlich der Wettbewerbsvor- bzw. -nachteile sehr differenziert. Als **Standortvorteile** identifizieren die Industrieunternehmen insbesondere die Einbindung in die Wertschöpfungskette (Wettbewerbsvorteil 72 Prozent), die Qualität der Fachkräfte (Wettbewerbsvorteil 70 Prozent) und den sozialen Frieden (Wettbewerbsvorteil 67 Prozent). Als überwiegend vorteilhaft mit einer Zustimmungsrate von rund der Hälfte werden die Rechtssicherheit, die Versorgungssicherheit mit Energie, die Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Vernetzung mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen angesehen.

Viele der harten Standortfaktoren werden durchaus überwiegend positiv bewertet. Allerdings steigt bei diesen Faktoren bereits der Anteil, der hier einen **Standortnachteil** identifiziert. So wird die Verkehrsinfrastruktur von immerhin 37 Prozent der Unternehmen als Wettbewerbsvorteil gesehen, bereits 16 Prozent werten die Verkehrssituation allerdings auch als Standortnachteil. Die vergleichbaren Einschätzungen bei der Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen und von der IT-Infrastruktur deuten auf erhebliche regionale Disparitäten hin, die eine genauere Betrachtung der Situation vor Ort erfordern. Zwischen den Bundesländern, aber auch innerhalb NRWs fällt die Einschätzung durchaus unterschiedlich aus. So wird bspw. allein die Flächenverfügbarkeit in NRW (Wettbewerbsvorteil 34 Prozent) deutlich schlechter eingeschätzt als im Bundesschnitt (Wettbewerbsvorteil 48 Prozent).

Gerade mit Blick auf die **Investitionstätigkeit** am Standort sind die Einschätzungen hinsichtlich der Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren (Wettbewerbsnachteil 42 Prozent), der Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten (Wettbewerbsnachteil 41 Prozent) und der Effizienz der Behörden (Wettbewerbsnachteil 36 Prozent) von Bedeutung. Auffällig ist auch hier, dass die Einschätzung der Unternehmen in NRW hinsichtlich der Durchführbarkeit von Projekten in NRW kritischer als im Bund (Wettbewerbsnachteil 33 Prozent) ausfällt.

Den **größten Handlungsbedarf** sehen die Unternehmen aber bei den **Energiekosten** (Wettbewerbsnachteil 62 Prozent) und im **Steuerrecht** (Wettbewerbsnachteil 51 Prozent). Nur je ein Prozent der befragten Unternehmen sieht in diesen Faktoren einen Wettbewerbsvorteil. Über alle Industriebranchen und Regionen ist der Handlungsdruck bei der Energie und im Steuerrecht am größten. Die Einschätzung hinsichtlich der Energiekosten fällt in NRW deutlich kritischer als im Bund (Wettbewerbsnachteil 51 Prozent) aus. Auch als Folge der hohen Anzahl energieintensiver und energieerzeugender Unternehmen wird die Diskussion um die Energiewende in NRW kritischer als im Bund geführt. Die Komplexität und Praxistauglichkeit des Steuerrechts wird hingegen bundesweit weitgehend einheitlich bewertet.

Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschlands die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich



Investitionsanreize für NRW

Die Investitionen von heute sind das Fundament für Wachstum und Arbeitsplätze von morgen. Die unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit in Deutschland, insbesondere auch in NRW gibt daher Anlass zu Sorge. Zuletzt hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln in einem Kurzgutachten die Investitionstätigkeit in NRW beleuchtet. Es kommt zum Schluss, dass „die bestehende **Investitions- und Technologieschwäche** die entscheidende Ursache für die Wachstumsschwäche NRWs ist“ (s. IW Köln 2014: Marktwirtschaftliche Reformen in Nordrhein-Westfalen).

Neben konjunkturellen Gesichtspunkten wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen von den Rahmenbedingungen am Standort bestimmt. In der IHK-Umfrage geben 59 Prozent der Industrieunternehmen an, ihre Investitionstätigkeit am Standort aufgrund von nicht betriebsbezogenen Einschränkungen zurückgenommen zu haben. Eine Verbesserung bei diesen Standortfaktoren könnte die Investitionstätigkeit der Industrie am Standort folglich deutlich anregen.

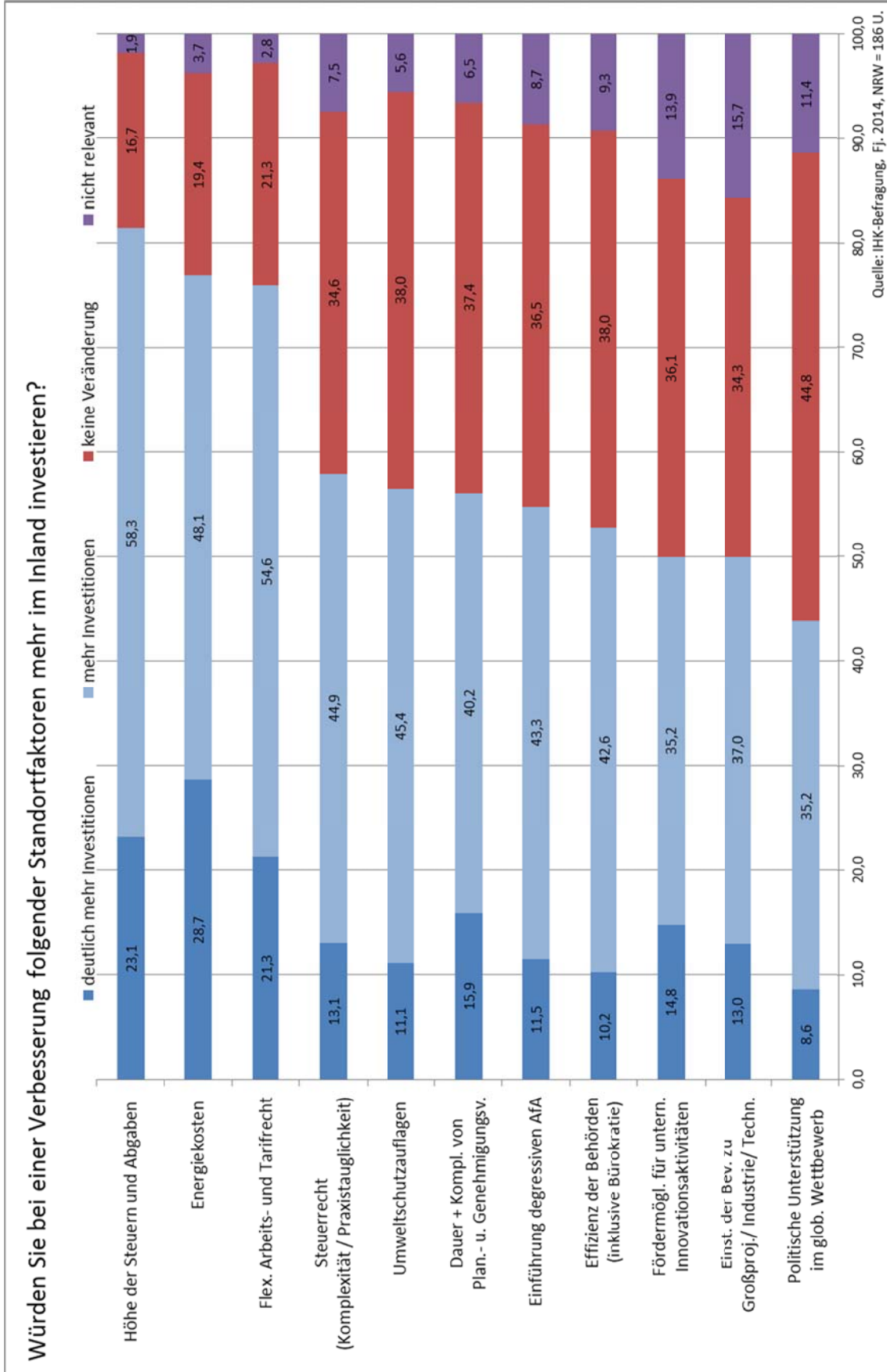
An der Spitze stehen drei Standortfaktoren, die über drei Viertel der befragten Unternehmen als **Investitionshemmnis** identifizieren: Am wirkungsvollsten wären demnach Erleichterungen bei der Steuer- und Abgabenbelastung (Investitionsanreiz 81 Prozent), gekoppelt mit der Komplexität des Steuerrechts (Investitionsanreiz 58 Prozent). An zweiter Stelle stehen auch hier die Energiekosten. Eine Verbesserung der angespannten Situation würde für 76 Prozent der befragten Unternehmen positive Investitionsanreize setzen. An dritter Stelle folgt die Flexibilität des Arbeits- und Tarifrechts als wichtiges Investitionshemmnis (Investitionsanreiz 76 Prozent).

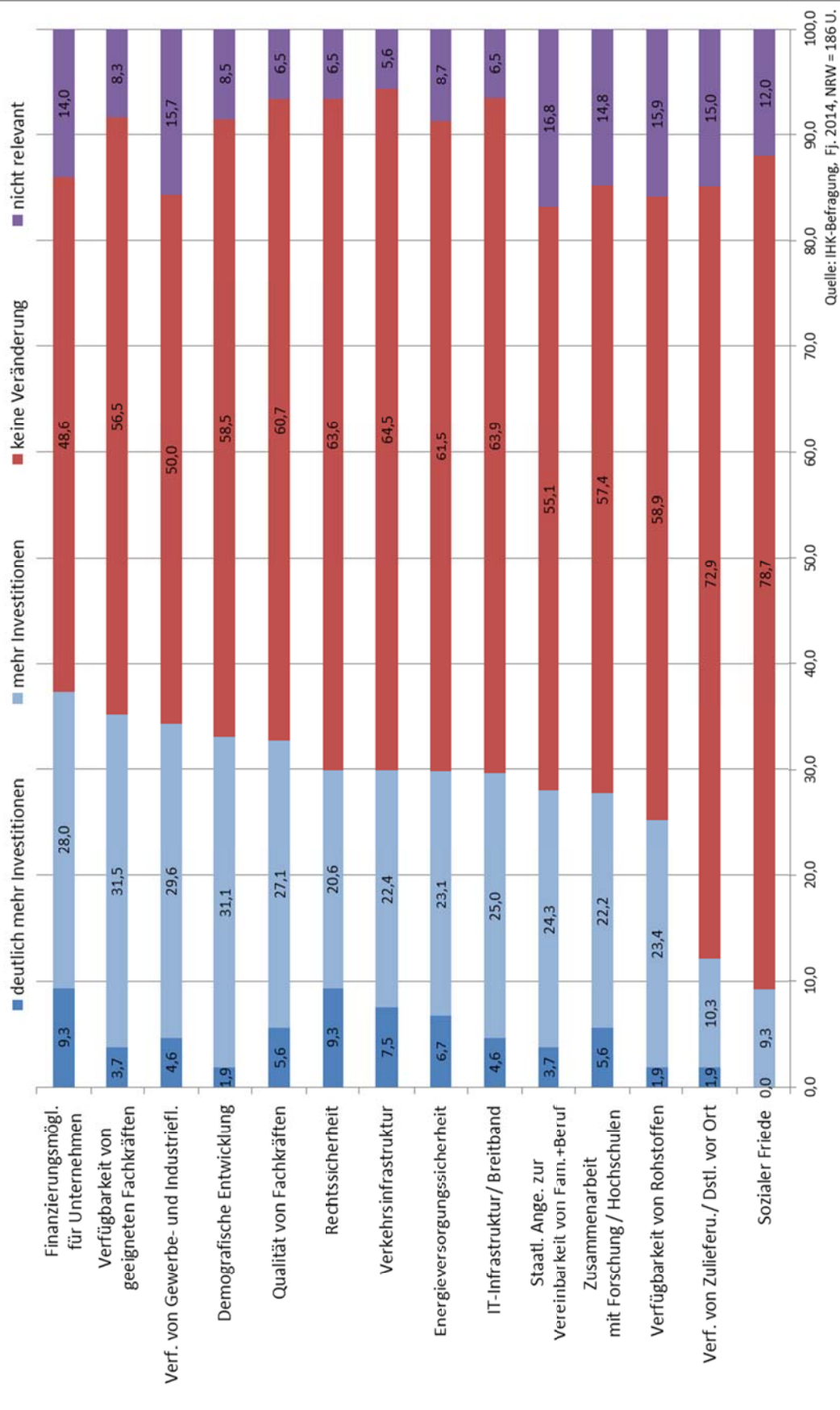
Bei den als Wettbewerbsvorteil wahrgenommenen Faktoren wie die Einbindung in die Wertschöpfungskette oder der soziale Frieden wird das aktuelle Niveau als durchaus zufriedenstellend wahrgenommen. Eine weitere Verbesserung würde demnach nicht zu einem entscheidenden Anstieg der Investitionstätigkeit führen.

Auch wenn viele der Faktoren, die aus dem **Land beeinflusst** werden können, nicht zu denen mit dem größten Handlungsbedarf zählen, könnte über gezielte Verbesserungen etwa bei der Dauer und Komplexität von Genehmigungsverfahren (Investitionsanreiz 56 Prozent) oder dem Ausbau von Verkehrs- oder IT-Infrastrukturen (Investitionsanreiz je 29 Prozent) bei einem erheblichen Teil der befragten Unternehmen die Investitionstätigkeit erhöhen.

Im Vergleich zum Bundestrend werden von den Unternehmen in NRW vor allem die Energiekosten aber auch die Umweltschutzaufgaben als Investitionshemmnis wahrgenommen. In NRW würden 56 Prozent Erleichterungen bei Umweltschutzaufgaben als investitionsunterstützend wahrnehmen, im Bund liegt der Anteil bei 44 Prozent.

Letztlich bleibt die vorliegende Umfrage auf qualitative Aussagen begrenzt. Aussagen zur Höhe der induzierten Investitionen oder zum Ausmaß der notwendigen Verbesserung können nicht abgeleitet werden. In einem ersten Schritt sollte daher die **Investitionsstimmung** im Land in den Mittelpunkt gestellt werden. Hierbei könnten gezielt Wechselwirkungen genutzt werden. So könnte eine Entscheidung für einen schnellen Ausbau einer zukunftsfähigen IT-Infrastruktur durchaus positive Rückwirkungen auf die Einstellung der Bevölkerung zu Technologien oder auch auf die Durchführung von Planungsverfahren haben und somit wiederum dazu beitragen, ein insgesamt freundlicheres Investitionsklima zu schaffen.



Würden Sie bei einer Verbesserung folgender Standortfaktoren mehr im Inland investieren?


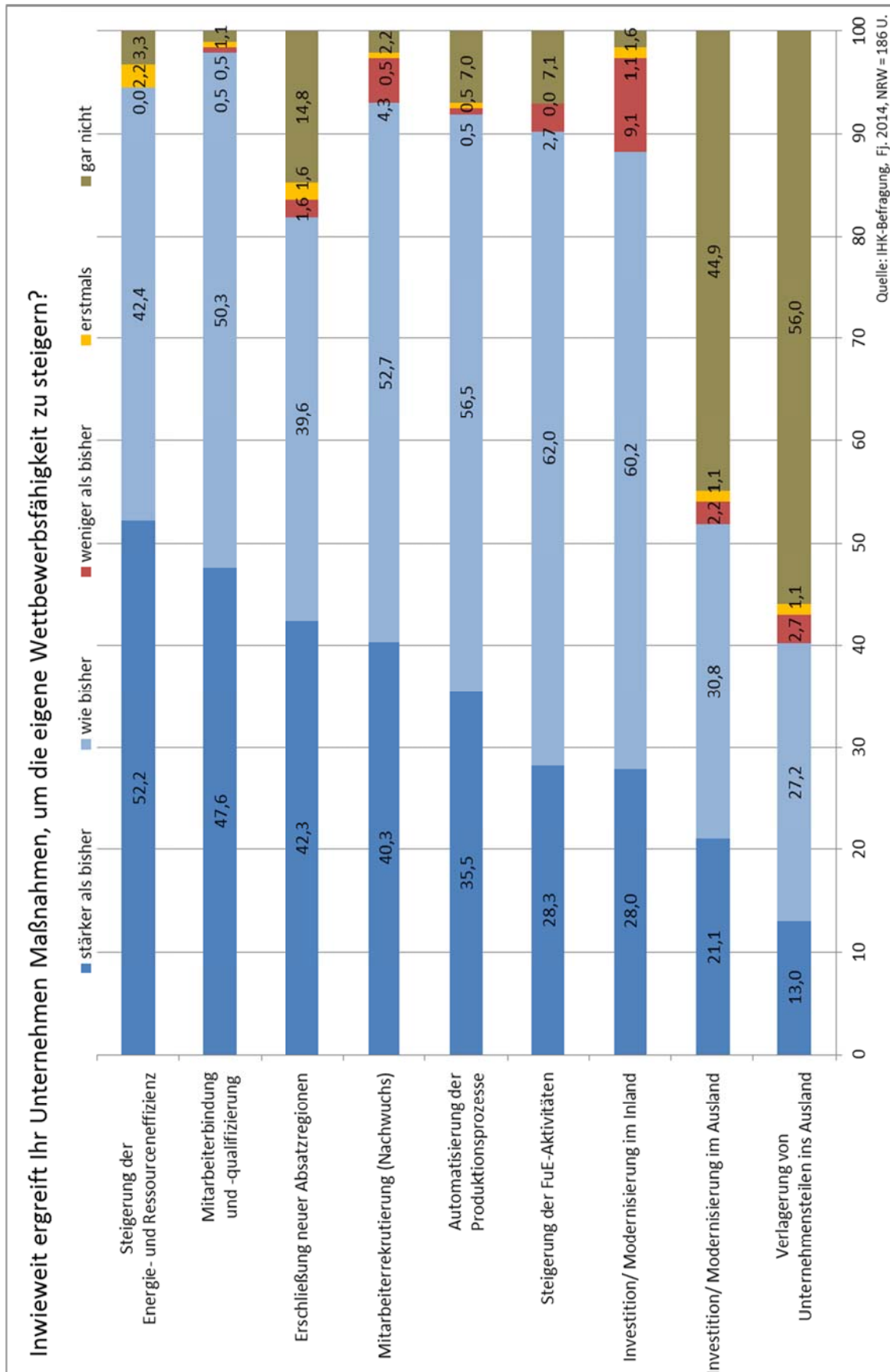
Maßnahmen der Unternehmen

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ist eine der unternehmerischen Kernaufgaben. Es verwundert daher nicht, dass auch die Unternehmen den Hauptansatzpunkt für die **innerbetrieblichen Anstrengungen** zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in Maßnahmen zur Steigerung des **Energie- und Ressourceneinsatzes** sehen. Über die Hälfte der befragten Unternehmen (mit 52 Prozent) will zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Effizienz beim Einsatz von Energie und anderen Rohstoffen zu steigern.

Ein Großteil der befragten Betriebe (95 Prozent) hat bereits in der Vergangenheit in diesem Bereich Maßnahmen ergriffen. Entsprechend wird es für die Unternehmen immer schwieriger, neue erfolgversprechende Aktivitäten umzusetzen.

An zweiter Stelle folgen Maßnahmen zur **Mitarbeiterbindung und -qualifizierung** (48 Prozent) sowie Aktivitäten zur **Mitarbeiterrekrutierung** (40 Prozent). Das Personalmanagement ist aus Sicht der Unternehmen in erster Linie eine innerbetriebliche Aufgabe. Die Sicherung der Fachkräftebasis als eine innerbetriebliche Aufgabe erhält damit für die Unternehmen eine höhere Priorität als bei den Fragen hinsichtlich der Investitionsanreize (vgl. Seite 9).

Ohne eine Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen setzen lediglich 28 Prozent der Unternehmen auf mehr Investitionen zur Modernisierung im Inland. Investitionen im Ausland (21 Prozent) und eine Verlagerung weiterer Unternehmensteile ins Ausland (13 Prozent) beabsichtigt nur eine Minderheit. Stärker im Fokus stehen dagegen Investitionen zur weiteren Automatisierung (35 Prozent).





Impressum

Herausgeber

IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V.
Marienstraße 8, 40212 Düsseldorf
www.ihk-nrw.de

Redaktion

Michael F. Bayer, Industriepolitischer Sprecher IHK NRW, IHK Aachen
Dr. Matthias Mainz, IHK NRW
Elke Hohmann, IHK Mittlerer Niederrhein

Gestaltung

BRANDLITE GmbH, Köln

Düsseldorf, September 2014